

Kamener Zeitung

Vollstrecker für Kamen und Umgebung verbunden mit der
Märkischen Zeitung.

Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Nr. 267

Mittwoch, den 14. November 1923

51. Jahrgang.

Um Deutschlands Zahlungs- fähigkeit.

(W) Die Reparationskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung einstimmig beschlossen, soweit es nötig ist, deutsche Delegierte über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands, wegen des Antrages der deutschen Regierung vom 24. Oktober 1923, anzuhören. Das Datum wurde noch nicht festgesetzt, die Reparationskommission wird jedoch der Kriegslastkommission den Vorschlag machen, die deutschen Delegierten innerhalb 10 Tagen nach Paris zu berufen. Die Reparationskommission hat ferner einstimmig beschlossen, vor Anhören der deutschen Delegierten in eine Prüfung darüber einzutreten, ob es nötig sei, einen Sachverständigenausschuss zu ernennen, um eine Untersuchung über die Finanzlage des Deutschen Reiches anzustellen.

Die englische Erklärung vor der Reparationskommission.

(W) Nach dem amtlichen Communiqué hat der englische Delegierte Sir John Bradburn gestern vor der Reparationskommission folgende Erklärung abgegeben: Die Ausführungen des französischen Delegierten werfen nach meiner Ansicht zwei ganz verschiedene Fragen auf. Zunächst die Frage, ob es genügt, daß die Reparationskommission Vertreter der deutschen Regierung das Gehör gewährt, das sie auf Grund des Artikels 234 hinsichtlich gewisser Fragen, die die Zahlungsfähigkeit Deutschlands betreffen, erbeten hat. Sodann die Frage, welche Maßnahmen, angenommen, daß das Gehör gewährt wird, die Reparationskommission dann treffen wird. Was die erste Frage angeht, so ist es nicht möglich, meinen Kollegen die sehr ernsten Zweifel zu verschleiern, die ich hier hege, ob nicht doch die Ereignisse der letzten 11 Monate den Mechanismus des Teiles 8 des Vertrages so vollständig kompromittiert haben, daß er nicht mehr in der Lage ist, zu funktionieren. Diese Zweifel haben mich zunächst geneigt gemacht, hinsichtlich des Ergebnisses, das uns unterbreitet worden ist, diejenige Politik zu verfolgen, die ich seit Januar letzten Jahres beobachtet habe, und die darin besteht, meinen Kollegen die volle Verantwortung für die Lage zu überlassen, die durch das Vorgehen gewisser alliierter Mächte geschaffen ist, die sich dabei auf die Entscheidungen der Kommission gestützt haben, die mit Stimmenmehrheit gefaßt worden sind, und mit denen ich nicht einverstanden war. Diese Zweifel haben es mir nahegelegt, mich der Teilnahme an den Arbeiten zu enthalten, die mir zu keinem praktischen Ergebnis zu führen scheinen, bevor nicht gewisse fundamentale Fragen des internationalen Rechts von den zuständigen Autoritäten geregelt sind. Ich möchte nicht vergeßen, daß die Bestimmungen des Teiles 8 noch internationale Gesetze haben, und daß ich wenigstens z. B. noch Mitglied eines internationalen Tribunals bin, welches nach den Bestimmungen des Instruments, das es geschaffen hat, die Pflicht hat, sich von Zeit zu Zeit über die Zahlungsfähigkeit auszusprechen, die es Deutschland ermöglicht, sich seiner Verpflichtungen zu entziehen, wie sie formell in dem Vertrage niedergelegt sind. Dieses Tribunal ist auf Grund des § 9 Anlage 2, Abschnitt 8, selbst ohne Rücksicht auf Artikel 234, auf Grund dessen der vorliegende Antrag gestellt ist, verpflichtet, alle Gründe und Beweise anzuhören, die von Deutschland hinsichtlich aller, seine Zahlungsfähigkeit betreffenden Fragen, vorgebracht werden. Ich kann es daher nicht, ohne den Anschein einer Voreingenommenheit zu erwecken, ablehnen, solche Argumente anzuhören, wie auch immer unter den gegenwärtigen Umständen glaube, daß die Anhörung zu einem praktischen Vorteil führen kann. Meine Stimmhaltung hinsichtlich des unterbreiteten Vorschlages würde gemäß Artikel 18, Anlage 2 gleichbedeutend mit einem Votum gegen diesen Vorschlag sein. Ich würde es deshalb vorgezogen haben, wenn die Anhörung auf Grund des § 9, Anlage 2, anstatt auf Grund des Artikels 234 erfolgen würde. Da jedoch der deutsche Antrag auf Grund des letztgenannten Artikels gestellt ist, und da der Vorschlag, mit dem die Kommission befaßt worden ist, diesem Antrage entspricht, werde ich ihm formell meine Unterstützung geben. Was den 2. Teil der Erklärung des französischen Delegierten betrifft, so behalte ich mir mein Urteil bis nach der Anhörung vor. Bevor ein flüchtiger Arzt sein Rezept ausreißt, bedarf es der Diagnose der Krankheit. Ich muß noch bemerken, daß mir auf den ersten Blick das Rezept des französischen Delegierten

in die Spekulation zu führen scheint, in der ein gewisser Philosoph Willen erfunden hat, um Erdbeben zu kurieren. Meiner Ansicht nach müßte die Kommission wenn sie die ihr vom Friedensvertrag auferlegten Pflichten erfüllen will, sich nicht auf unparteiische Gründe stützen, die zu der verzweifeltsten Lage geführt haben, in der sich gegenwärtig Deutschland befindet. Sie muß ferner, soweit es nicht in ihrer Macht steht, allen denen, in deren Macht es steht, empfehlen, dieses Giftmittel anzuwenden.

Ueber die Wiederaufnahmeverhandlungen für den Eisenbahnbetrieb.

die in Düsseldorf stattfanden, wird berichtet: Von französischer Seite wurde zu Beginn der Verhandlungen erklärt, daß es sich darum handle, einen modus vivendi auf technischer Grundlage zu finden, wobei alle politischen Momente ausscheiden sollten. Zu diesem Zweck war von französischer Seite ein Entwurf der Bedingungen, bestehend aus fünf Paragraphen, aufgestellt worden. Diese fünf Paragraphen waren entnommen worden den Bedingungen, die bei der ersten Verhandlung in Mainz von französischer Seite gestellt worden waren. Es bestand sich unter diesen Punkten das in Mainz aufgestellte Verlangen, daß von der deutschen Reichseisenbahnverwaltung 32 000 Wagen und 4000 Lokomotiven in das besetzte Gebiet zurückgeführt werden sollten. Von deutscher Seite wurde hierzu erklärt, daß die Reichseisenbahnverwaltung dies Verlangen ablehnen müsse. Nach längerer Aussprache einigte man sich dahin, daß diese Forderung eine Formel bekam, dahin lautend, daß die deutsche Reichseisenbahnverwaltung den Wagenpark im besetzten Gebiet auf den notwendigen Bedarf aufstellen solle, wobei die Wagensdisposition aus der normalen Zeit wieder eingerichtet werden soll. Hinsichtlich der Lokomotiven einigte man sich dahin, daß die Reichseisenbahnverwaltung diejenigen Lokomotiven, die nachweisbar während der Besetzung aus dem besetzten Gebiet ausgeführt worden sind, in gebrauchsfähigem Zustand wieder in das besetzte Gebiet zurückführt. Ferner war von französischer Seite das Verlangen gestellt worden, daß die Werkstätten und Lager im besetzten Gebiet wieder auf den Stand vor der Besetzung gebracht werden sollten. Von deutscher Seite trat man der Behauptung scharf entgegen, daß von deutscher Seite Werkstättenmaterial weggeführt worden sei. Man einigte sich dahin, daß für den Beginn der Arbeit in den Werkstätten diejenigen Teile, die nachweisbar von deutscher Seite weggeführt worden sind, von der Reichseisenbahnverwaltung den Werkstätten und Lagern zurückgeführt werden. Als weiterer Punkt war vorgesehen, daß im beiderseitigen Benehmen die Bezirksabgrenzungen innerhalb des besetzten Gebietes festgelegt werden. Gemeint sind damit diejenigen Linien, die sich noch in deutschen Händen befinden. Von französischer Seite wurde hierbei erklärt, daß im Laufe der Zeit eine Bezirksveränderung möglich sei, worüber im gegenseitigen Benehmen jedenfalls genau die Grenzen festgelegt werden sollen. Die deutschen Vertreter erklärten sich hiermit einverstanden. Der Entwurf enthält ferner einen Punkt betreffs des Personals und der sozialen Rechte des Personals. Ueber diesen Punkt entspann sich eine längere Erörterung, in der ein deutscher Vertreter über die Rechte des deutschen Beamten und Arbeiters ausführliche Darlegungen machte. Man einigte sich dahin, daß dem deutschen Personal von der Reichseisenbahnverwaltung alle Rechte, die es bei der Reichseisenbahnverwaltung hatte, gewährleistet werden sollen. Im Verlaufe der auf französische Anregung zustande gekommenen Verhandlungen ließen die französischen Vertreter deutlich erkennen, daß sie das größte Interesse an dem Zustandekommen dieser grundlegenden Vereinbarungen hätten, weshalb sie auch in bezug auf die in Mainz aufgestellten, von deutscher Seite abgelehnten Bedingungen großes Entgegenkommen zeigten. Die Frage des Besitzrechtes für die in Regieverwaltung befindlichen Bahnen wurde überhaupt nicht berührt, ebenso wenig wie die Rede davon, wie das in französischen Blättern zu lesen war, daß etwa der Bezirk der Reichseisenbahnverwaltung in Köln in die Regieverwaltung einbezogen werden soll. Auf Grund der obigen Vereinbarungen sollen Unterausschüsse eingesetzt werden, welche die Spezialarbeiten übernehmen sollen, damit möglichst bald der Eisenbahnbetrieb im besetzten Gebiet und auch der Wechselverkehr wieder in Gang kommen. Die Auffassung aber, daß nunmehr schon in wenigen Tagen oder Wochen wieder der normale Eisenbahnbetrieb aufgenommen werden könnte, ist natürlich zu optimistisch.

Weiter wird aus Düsseldorf gemeldet: Der Delegierte des deutschen Eisenbahnministers

ums, Geheimrat Wolff, hat in Mainz mit dem Direktor der alliierten Regie, Briand ein Abkommen unterzeichnet. Briand und Geheimrat Wolff haben nämlich vereinbart, daß die deutsche Eisenbahnverwaltung vom 14. November ab bis auf weiteres der interalliierten Eisenbahnregie täglich 200 Waggons zur Verfügung stellt. Im Austausch wird die Regie 400 Waggons täglich der deutschen Eisenbahnverwaltung überlassen. Im Verlaufe der gestrigen Besprechungen ist außerdem das Programm der künftigen Konferenzen, auf denen technische Fragen zur Durchführung der in Düsseldorf vereinbarten Klauseln geregelt werden sollen, festgestellt. Die nächste Zusammenkunft ist auf den 16. November anberaumt.

Keine Reichstags-Einberufung

Im Reichstage tagte am Dienstag der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion, der über den Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages beriet. Die Sozialdemokraten haben den Wunsch, daß der Reichstag alsbald in die Lage versetzt wird, die politische Lage zu erörtern. Der Fraktionsvorsitzende kam noch nicht zu einem endgültigen Entschluß. Er soll vielmehr über die Modalitäten der Einberufung auch mit dem Reichstagsleiter verhandeln. Von den Deutschnationalen ist bereits vor einiger Zeit dem Vizepräsidenten der Reichstag auf Einberufung des Reichstages mitgeteilt worden. Nunmehr haben auch die Kommunisten einen solchen Antrag an den Reichspräsidenten gestellt. Angesichts des Wunsches mehrerer großer Parteien wird der Reichspräsident voraussichtlich am Freitag darüber Entscheidung treffen. Es ist möglich, daß am Dienstag nächster Woche das Plenum tagen wird. Vom Regierungssitz wird allerdings, wie gemeldet, angefügt, daß der unsicheren politischen Lage die Einberufung des Reichstages zum jetzigen Zeitpunkt nicht für geeignet gehalten. Bei der politischen Aussprache würden zweifellos gegen die Zustände in Sachsen und besonders in Bayern von verschiedenen Seiten scharfe Angriffe gerichtet werden, die andererseits den verfassungsmäßigen Gewalt in Bayern neue Schwierigkeiten bereiten und auch das Verhältnis Bayerns zum Reich schwieriger gestalten würden. Es wird also von verschiedenen Seiten für unrichtig gehalten, den Reichstag zu diesem Zeitpunkt einzuberufen. Die Fraktion des Zentrums beschloß sich in ihrer Sitzung am gestrigen Dienstag vorwiegend mit der rheinisch-westfälischen Frage und wird am Mittwoch darüber weiter beraten, nachdem Dienstag nachmittag der Löhnausschuß aus Vertretern dieser Landesteile verhandelt hat. Den Verhandlungen dieses Ausschusses wurde in politischen Kreisen die größte Wichtigkeit beigegeben. In den späten Abendstunden des Dienstag beschäftigten sich noch einzelne Fraktionen mit dem Ergebnis der Besprechungen dieses Ausschusses. Der Reichstagsleiter und der Minister für die besetzten Gebiete empfingen Dienstagabend noch die Presse, jedoch keine wichtigen Entscheidungen in der rheinisch-westfälischen Frage in der nächsten Zeit erwarten kann. Auch der Fraktionsvorsitzende der demokratischen Partei trat Dienstag nachmittag zu einer vertraulichen Besprechung zusammen. Die Auslandsmeldungen über ein Austrittsgesuch des Reichswehministers Dr. Gessler, der der Demokratischen Partei angehört, sind, wie wir zuverlässig erfahren, vollständig aus der Luft gegriffen.

Münchener Nachklänge.

(W) Das Büro Gossmann meldet: Der Ministerrat hat sich mit den Vorfällen der letzten Tage beschäftigt. Der Rufversuch vom 8. Nov. hätte, wenn es nicht gelungen wäre, ihn niederzuschlagen, Volk und Staat, das Reich und Bayern ins Unglück gestürzt. Die Regierung beklagt die Opfer dieser Wahnsinnstat. Die Reichsregierung hat am 8. November die vollziehende und die militärische Gewalt in der Hand des Generals von Seeck vereinigt. Die besonderen Verhältnisse in Bayern erfordern, daß der bayerische Ausnahmezustand unverändert fortbesteht und die gesamte vollziehende Gewalt in einer Hand zusammengefaßt bleibt. Die Staatsregierung fordert die gesamte Wehrführung auf, in den Wirren dieser Tage das Staatswohl über alles zu stellen und die Staatsregierung mit dem Generalstaatskommissar in der Festigung der staatlichen Ordnung und in der Rettung des nationalen Gedankens zum Wehen unserer deutschen und bayerischen Heimat zu unterstützen.

Die Opfer des Zusammenstoßes zwischen Reichswehr und den Hitlergardisten vor der Residenz wurden heute auf verschiedenen Friedhöfen beerdigt. Die Behörden hatten nicht zugelassen, daß eine gemeinsame Beerdigung stattfand. Es waren umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen worden. Der Stadt-

rat veranstaltete heute vormittag eine Teilnahme- und Kundgebung für die Opfer des Zusammenstoßes, bei der Bürgermeister Schmidt in einer Ansprache das Mitgefühl des Stadtrates den Familien ausdrückte.

Ein Aufruf des Münchener Bürger-rats fordert die Bürger auf, sich geschlossen hinter die Regierung zu stellen. — Laut „Münchener Neuesten Nachrichten“ wurde die Infanterieschule in München auf Befehl von Berlin vorläufig geschlossen. — Der bisherige Führer des Deutschen Kampfbundes des Oberstleutnant Kriebel ist aus München geflohen. — Bei einem Zusammenstoß zwischen Reichswehr und Studenten vor der Universität wurde Geheimrat Professor Sauerbruch durch einen Kolbenhieb am Hinterkopfe verletzt. Er mußte sich ins Krankenhaus begeben.

Ueber die Verstörungen im Gebäude der „Münchener Post“ werden in einer Münchener Meldung des „Vorwärts“ u. a. folgende Einzelheiten berichtet: Am Donnerstag kurz vor Mitternacht wurden etwa 200 schwerbewaffnete Halantkrieger auf Postkutsch vor das Gebäude und zwangen durch Zerschlagen der Schaufenster den aus dem Schlafe geweckten Geschäftsführer, das Tor aufzuschließen und begaben sich darauf in die Redaktionsräume. Hier wurden mit Gewehr- und Revolver, Sägen und Zirkeln eingedrungen, Schränke und Schreibtische erschlagen und der Inhalt zerhackt und auf die Straße geworfen. Besonders wütete die Horde in Arbeitsräume. Vor dem Abzug zerhackten sie endlich im Speiseraum die Tische und zerhackten den Anhalt auf dem Boden. Geraubt wurden u. a. aus dem Verlage des in demselben Blatt untergebrachten „Bayr. Volksblatts“ die Kasse mit mehreren Millionen Mark und Postcheckbuch, ferner sechs Schreibmaschinen und die zur Auszahlung bereitgelegten Bohnengelder.

Der wortbrüchige sächsische Finanz- minister.

(W) Im sächsischen Landtag wurde Dienstag u. a. die Tätigkeit des früheren Finanzministers Böttcher besprochen und durch den neuen Finanzminister festgestellt, daß Böttcher entgegen seinem der Reichsregierung gegebenen Versprechen in geheimer Weise 800 Millionen Mark, die die Reichsregierung zum Ausbau verbender Staatsbetriebe hergegeben hat, zur Unterstüßung Erwerbsloser verwendet hat. Ein Untersuchungsausschuß wird sich noch weiter mit dieser Angelegenheit beschäftigen. Die Kommunisten begehren die Verhandlungen in jeder nur denkbaren Weise zu stören, so daß der Präsident sie dreimal unterbrechen mußte. Dann rief der Präsident den Vizepräsidenten zu einer Sitzung zusammen, die eine Stunde dauerte. Nach Wiedereröffnung der Plenarsitzung wurde diese endgültig geschlossen und die Beratung der restlichen Punkte der Tagesordnung auf Donnerstag, den 15. November, vertagt.

Kleine Nachrichten.

Der ehemalige Kronprinz ist gestern abend kurz nach 6 Uhr in Weis eingetroffen.

Die Nachricht ausländischer Blätter, daß dem früheren Kaiser ein Paß zur Rückkehr nach Deutschland ausgestellt worden sei, ist unwahr.

Wie der Vorwärts meldet, hat der Reichstagspräsident den Vizepräsidenten zum Freitag einberufen. Es sei anzunehmen, daß er den Zusammentritt des Reichstages für nächsten Dienstag beschließt.

Der Direktor der Darmstädter Bank, Dr. Schacht, ist zum Reichswährungskommissar ernannt worden.

Gestern früh wurde durch die französische Kriminalpolizei der Oberbürgermeister Dr. Weiß in Ludwigshafen verhaftet und nach Landau gebracht. Irrendes Gründe für die Verhaftung sind nicht bekannt geworden.

Die Lübecker Bürgergarde nahm ein Misstrauensvotum gegen den Gesamtsenat mit 42 gegen 34 Stimmen in namentlicher Abstimmung in zweiter Lesung an. Die SPD. und die SPD. stimmten dafür, die bürgerlichen Vertreter dagegen. Wie verlautet, wird der Senat die Meinungsverschiedenheit durch Volksentscheid zum Ausdruck bringen.

Der Hamburger Dampfer „Peru“, der im Schlepptau von Malta nach Hamburg unterwegs war, ist während eines Sturmes an spanischen Küste gesunken. Die Bemannung wurde in Vigo gelandet.

Der englische Ministerpräsident Baldwin hat die Auflösung des Parlaments für Freitag angekündigt. Die Neuwahlen finden wahrscheinlich am 6. Dezember statt.

Wied
Schurz

D. U. S. D.
Madison Ho
Professor H
post" ausfi
folgreiche,
ten Staate
Leistung in
Kriegs nich
Professur d
1911 zur
ziehungen
nigsten Sta
trotz der erl
des noch in
neue Einla
lassen und
Physik an
Dr. N. So
natiger Län
nach Deut
hat die von
Hoffnung i
trotten, kr
seit dem N
senslich in
Forschungs
hat nicht un
Fakultät un
auch einen
Einladungen
schen Unive
sitäten an
rend der S
Univerkäten
und an die
unternomme
13mal, teils
Konferenzen
Milwaukee
der „Literat
übrigen sich
Nach Abh
Unternehm
Reise durch
ten, die ihn
wo er 11 W
Staatsunive
gab sich d
Hington, wo
Sitzungen
dann in Sa
Harvard Uni
Univerität
Columbia-U
„Western C
Programm
einen inten
siedensfen
lehrtenwelt,
freundlicher
liberaler das

So hat l
ken Forsch
der wissen
Deutschlan
schönster We
Deutschamer
nis geworde
Not der H
noch immer
wissenschaftl

Grundp

Es dem
reichsstatist
Gemeinden
Steuerung
Steuer bis
hat der Kle
neuen Entw
Ausgestaltu
niederlegt. A
Frage auf: i
überhaupt m
Da wird
So gerec
Wohnungsno

3

